

Vormundschaft zwischen Kinderrechten und knappen Ressourcen. Neue Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze

5. Vormundschaftstag NRW

Katharina Lohse,

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF)

Gliederung

1. Ausgangslage
2. Anforderungen aus der Vormundschaftsrechtsreform
3. „Dauerbrenner“
4. Aktuelle Herausforderungen
5. Ausblick

Ausgangslage



Entwicklung des Vormundschaftsrechts

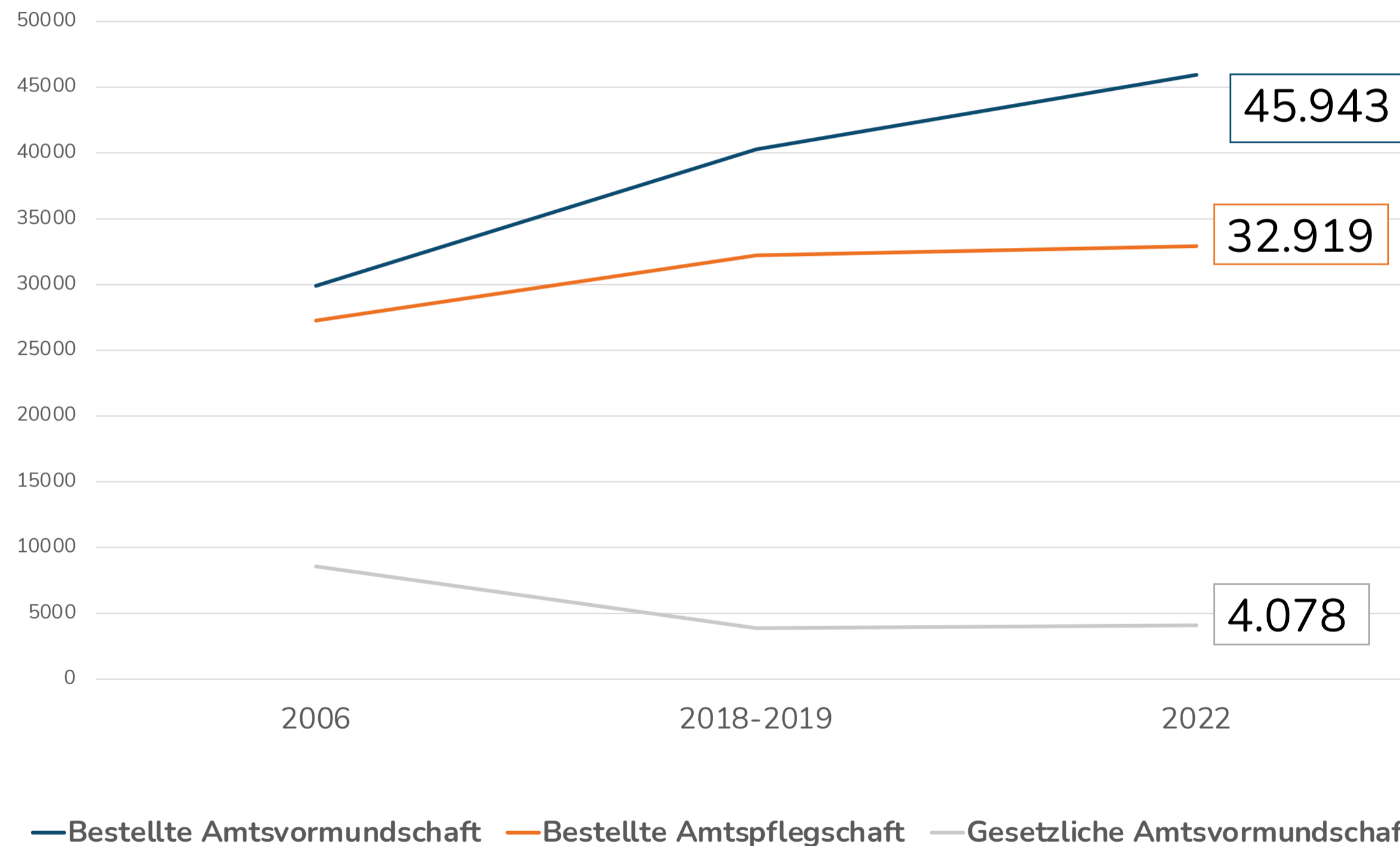
„Kleine“ Reform 2011/2012

- Kontaktpflicht
- Persönliche Verantwortung
- Aufsicht des Familiengerichts über Kontakte
- Berichtspflicht über Kontakte
- Anhörung vor Auswahl
- Höchstfallzahl 50

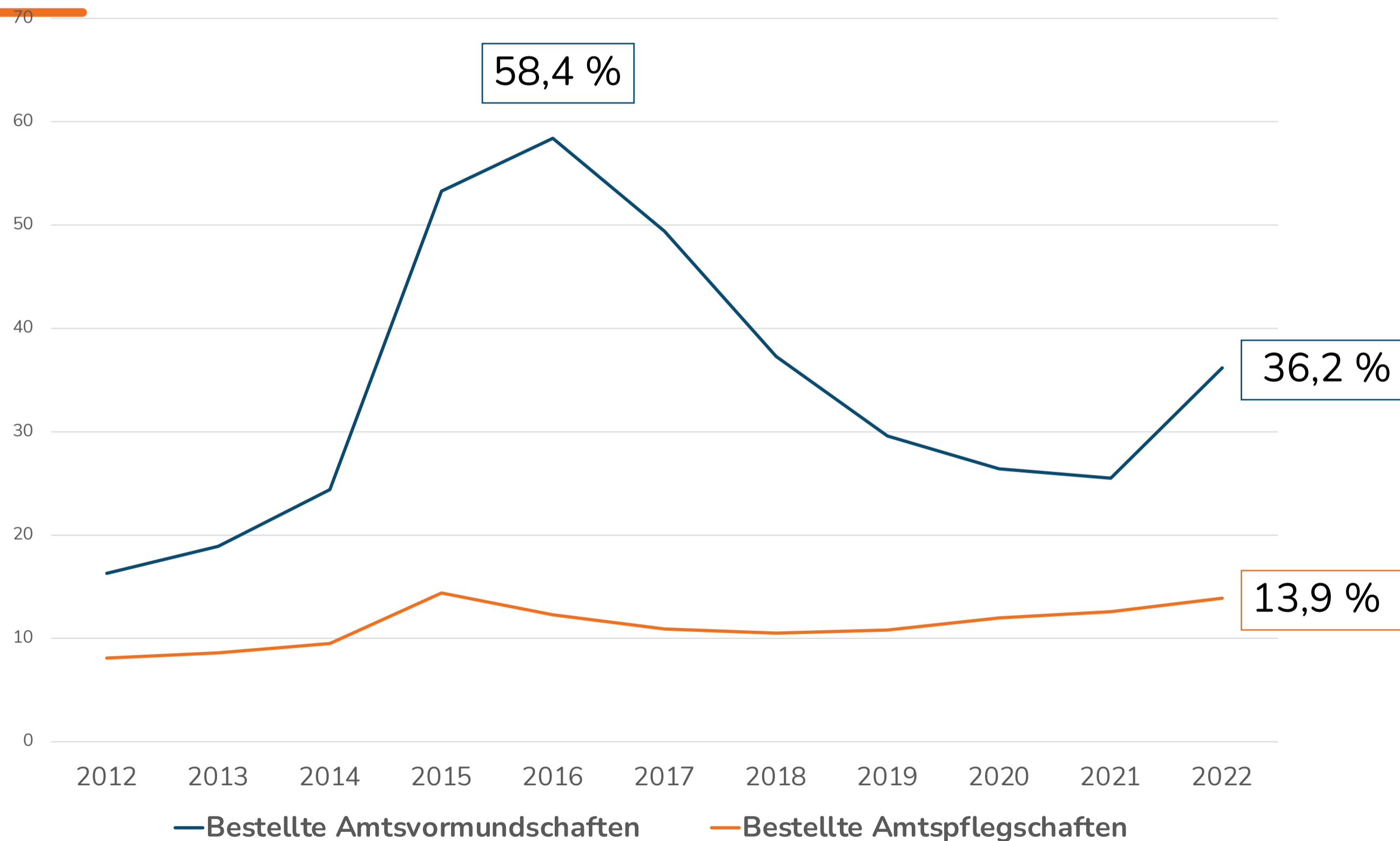
„Große“ Reform 1.1.2023

- Stärkung der Subjektstellung von Kindern und Jugendlichen
- Stärkung der ehrenamtlichen Vormundschaft
- Modernisierung Vermögenssorge
- Neustrukturierung

Kinder und Jugendliche mit Amtsvormund*in oder -pfleger*in



Anteil nichtdeutscher Kinder und Jugendliche



→ **Arbeitsgruppe Statistik**

- **Arbeitsgruppe** aus Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft, DIJuF, AKJStat. BMJ und BMFSFJ
- **Priorität: Zahlen zu allen Formen** der Vormundschaft
 - Wo erheben: Familiengericht oder Jugendamt?
 - Tendenz Jugendamt
 - Voraussetzungen: Verbesserung / Vereinheitlichungen der Mitteilungen durch das Familiengericht
- **Weitere Überlegungen:**
 - Zahlen zu UmA
 - Informationen über den Verlauf von Vormundschaften (zB Dauer)

[Ergänzung: Die im Vortrag am 13.11. vorgestellten Zahlen zum Personal erscheinen unstimmig und wurden daher aus der Präsentation genommen. Sie sollen in der Arbeitsgruppe noch mal diskutiert werden]

„Mehraufgaben“ aus der Reform



Kinderrechte im Vormundschaftsrecht

• Beteiligung (participation)

- ✓ § 1778 Abs. 2 Nr. 1, § 55 Abs. 2 S. 2 und 3 SGB VIII (Auswahl des Vormunds)
- ✓ § 1788 Nr. 5 BGB, § 8 Abs. 1, Abs. 4 SGB VIII (kind- bzw. jugendgerechte Beteiligung)
- ✓ § 1776 Abs. 2 Nr. 3, § 1777 Abs. 3, § 1804 Abs. 3 BGB (eigene Antragsrechte ab 14 Jahren)
- ✓ § 1803 Nr. 2 BGB (Besprechung des Berichts mit Mündel vor dem Familiengericht)

• Förderung (provision)

- ✓ § 1788 Nr. 1 BGB, § 1 Abs. 1 SGB VIII (Recht auf Förderung der Entwicklung)
- ✓ § 1788 Nr. 3, § 1790 Abs. BGB (Kontakt)

• Schutz (protection)

- ✓ § 1788 Nr. 2 BGB (Gewaltverbot)
- ✓ § 1803 Nr. 1 BGB (Anhörung durch das Familiengericht bei möglicher Pflichtwidrigkeit)
- ✓ § 1804 Abs. 1 Nr. 1 BGB (Entlassung bei Kindeswohlgefährdung)
- ✓ § 53a Abs. 2 SGB VIII („Achtsamkeit“ des Jugendamts auf Pflichtwidrigkeiten)

Hinwirken auf die Verwirklichung von Kinderrechten

- **Gesetzliche Vorgaben zum „Ob“**

- Als Pflichten des Vormunds aus der elterlichen Sorge (Berücksichtigung der Selbst-/Mitbestimmungsfähigkeit, § 1790 Abs. 2 S. 1; Kontaktrecht und -pflicht, § 1790 Abs. 3 BGB)
- als verfahrensrechtliche Vorgaben (persönliche/mündliche Anhörung vgl. § 159 FamFG, § 1803 Nr. 1 BGB, § 55 Abs. 2 S. 2, 4 SGB VIII)

- **Fachliche Gestaltung des „Wie“**

- Wenig gesetzliche Vorgaben zum „Wie“
 - Anwendbarkeit von § 8 Abs. 4 SGB VIII („verständlich, nachvollziehbar, wahrnehmbar“)
 - Altersgerechtigkeit („Entwicklungsstand, § 1790 Abs. 2 S. 2 BGB)
- **Materialien zur Beteiligung (Standards BMFSFJ, Materialienkoffer Bundesforum, ...)**

- **Was passiert bei Nicht-Beachtung von Kinderrechten?**

- „Beschwerde“ beim Vormund, in der Einrichtung, Ombudsstelle
- Familiengerichtliche Aufsicht

→ **Aufklärung als „ungeschriebene“ Aufgabe des Vormunds**

→ **Schutzkonzepte in der Vormundschaft?**

Gewinnung, Auswahl, Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen Einzelvormund:innen

- **Organisation der Aufgaben**
 - Notwendigkeit der Aufgabentrennung (§ 55 SGB VIII)
 - Abstimmung mit dem sozialen Dienst (Wer macht den Vorschlag an das Familiengericht)
 - Neue Praxis mit dem Familiengericht (Wie soll die Begründung aussehen?)
 - **Inhalt der Aufgaben** (siehe *Bisten/Fritsche JAmt 2024, 572*)
 - Vorschlagspflicht
 - Beratung und Unterstützung
 - „Aufsicht“
- **Zwischenfazit zwei Jahre nach Inkrafttreten der Reform**
- Deutlicher Rückgang der Anfragen ans Institut
 - Deutlich mehr Koordinierungsstellen

Finanzierung Vormundschaftsvereine

- Finanzierung durch Staatskasse (Justiz)
- Förderung der Vereine durch die öffentliche Jugendhilfe
 - Fallpauschale (pro Fall/pro Monat) oder § 54 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII
 - § 74 Abs. 1 SGB VIII (DIJuF-Rechtsgutachten JAmt 2016, 260; JAmt 2016, 442)
- Erstattung der Fallpauschale bei Zuständigkeitswechsel?
 - ≠ § 89a (gilt nur für Vollzeitpflege)
 - möglich über § 89d SGB VIII bei UMA (so auch OVG Koblenz 12.1.2018 – 7 A 11652/17, JAmt 2018, 157), ausf. siehe DIJuF-Rechtsgutachten JAmt 2024, 289

→ der “sicherste“ Weg: Verzicht auf Kostenerstattung

→ überregionale Absprachen möglich?

Mehr Kooperation

- mit dem ASD
- mit dem Familiengericht
- mit Vormundschaftsvereinen / Berufsvormund:innen
- Herkunftseltern
 - Beziehung zu den Eltern als expliziter Bestandteil des Kindeswohl (§ 1790 Abs. 2 S. 2 BGB)
 - Auskunftspflicht gegenüber „nahestehenden Angehörigen und sonstigen Vertrauenspersonen (§ 1790 Abs. 3 BGB, vgl. auch OLG Bremen 12.1.2024 - 4 UF 49/23
 - Umgang?, Hinweis §§ 18, 37 SGB VIII?, ggf. Hinwirken auf Teilnahme an HPG?
- mit Pflegeeltern (bei geteilter Sorgeverantwortung)
 - Gegenseitige Information und Zusammenarbeit (§§ 1776, 1777 BGB)
 - Zusätzlicher Pfleger: Einbeziehung der Auffassung des Vormunds
 - Pflegeeltern als Pfleger: gegenseitiges Einvernehmen bei gemeinsamer Sorge
 - § 37a SGB VIII?, Konkretisierung der Informationspflichten im Betreuungsvertrag?

„Dauerbrenner“



Kontoeröffnung durch Amtsvormund:innen

- **Problem:** Zahlreiche Geldinstitute halten Dienstaussweis nicht für ausreichend
 - Argument: Dienstaussweis ≠ Identifikationsdokument iSd § 12 GwG
- **Erleichterte Sorgfaltspflichten?**
 - Wenn geringeres Risiko für Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung
 - Leitlinien Bafin: wenn Kunde eine öffentliche Verwaltung ist
 - Identifikation auch durch „sonstige Dokumente, Daten oder Informationen, die von einer glaubwürdigen und unabhängigen Quelle stammen und für die Überprüfung geeignet sind“
- **Bafin:** Vertragsfreiheit der Geldinstitute
 - überregionaler Appell an das Finanzministerium?

„Unechte“ Vormund- und Ergänzungspflegschaften

- **Vormundschaft bei Verbleib der Kinder im elterlichen Haushalt**
 - Idee: „Fuß in der Tür“ – Kontrolle und schnelle Handlungsmöglichkeit, wenn Herausnahme erforderlich wird
 - „Sicherheit“ für ASD und Familiengericht
 - Unzulässigkeit von „Vorratsbeschlüssen“ (BVerfG 27.8.2014 - 1 BvR 1822/14)
- **„Pseudo“-Sorgerechtsanteile bei den Eltern**
 - Nach wie vor scheinbar verbreitete Praxis, nur „wesentliche“ Sorgerechtsanteile zu entziehen (Gesundheit, Aufenthaltsbestimmung, Inanspruchnahme von Hilfen nach dem SGB VIII)
 - Argument: Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
 - Praktikabel?

→ **ASD sensibilisieren**

→ **Anregung durch den Vormund [Ergänzung 14.11.], Beschwerde durch den ASD**

Abgabe von Vormundschaften bei Aufenthaltswechsel

RefE Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz (IKJHG):

*„Sobald das Kind oder der Jugendliche seinen gewöhnlichen Aufenthalt nimmt oder wechselt, ~~hat~~ **soll** das Jugendamt beim Familiengericht einen Antrag auf Entlassung stellen, wenn es die Voraussetzungen des § 1804 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für gegeben hält. Lehnt das Familiengericht den Antrag auf Entlassung nach § 1804 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ab, bleibt das zum Vormund oder Pfleger bestellte Jugendamt zuständig.“*

Aktuelle Herausforderungen



Wer ist für die Platzsuche verantwortlich?

Pflicht des Sozialleistungsträgers?

- allgemeine Pflichten zur Aufklärung, Beratung und Auskunft (§§ 13 ff. SGB I)
- verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass die Leistungen in zeitgemäßer Weise umfassend und zügig erbracht werden
- Leistungsgewährung, einschließlich Einschätzung, ob die konkrete Leistung „geeignet“ ist, den Bedarf zu erfüllen
- Auch Inanspruchnahme von freien Reha-Diensten bleibt EGH-Träger für die Ausführung der Leistung verantwortlich (vgl. § 28 Abs. 1 S. 1 und 2 SGB IX)

Pflicht des Vormunds?

- als Personensorgeberechtigtem (Aufenthaltsbestimmung, „Antragsstellung“)?
- aus dem Wunsch- und Wahlrecht?
- aus Mitwirkungspflichten (§ 60 SGB I)?

Ausführlich s. DIJuF-Rechtsgutachten:
https://dijuf.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/SN_2024_0233_GA_Web_22.2.2024.pdf

Vertretung von unbegleiteten Minderjährigen

- **Im Rahmen der (vorläufigen) Inobhutnahme**
 - **VGH Mannheim 9.4.2024 - 12 S 77/24** = Aufgabe der Notvertretung muss innerhalb des Jugendamts von der Aufgabe der Altersfeststellung personell und organisatorisch getrennt werden (Argument: nur dann genügt Vertretung Art. 24 Abs. 1 UAbs. 1 S. 1 RL 2013/33/EU)
 - **OVG Bremen 15.4.2024 – 2 B 330/23** noch enger: schließt zwar nicht aus, hält aber sowohl ASD als auch Vormundschaft für nicht geeignet
 - Laut BumF-Studie: 61% durch ASD-Fachkräfte, 31% Fachkräfte der Vormundschaft
- **Handeln des Gesetzgebers erforderlich**
 - Notvertretung als Teil der § 55er-Aufgaben?
 - Nur für UmA oder auch bei IOHN wegen Kindeswohlgefährdung?
 - (vgl. auch Vorschläge *Hoffmann JAmt 2024*, 458)

Vertretung von unbegleiteten Minderjährigen

- Im Asylverfahren

- Neue DA-Asyl des BAMF

- Erziehungsberechtigte iSd § 7 Abs. 1 Nr. 6 SGB VIII können unter bestimmten Voraussetzungen einen Asylantrag für minderjährige Ausländer:innen stellen
 - Verantwortung des Jugendamts für Prüfung der wirksamen Bevollmächtigung

- Checkliste „Erziehungsberechtigung zum Zweck der Asylantragstellung“

https://dijuf.de/fileadmin/Redaktion/Handlungsfelder/Junge_Gefluechtete/DIJuF-Checkliste_Nachweis_Erziehungsberechtigung_begleitete_UMA_JAmt_2024_H._9.pdf

- JA muss „nur“ Erziehungsberechtigung im Kontext § 42 SGB VIII prüfen (vgl. Lange JAmt 2024/Heft 12)

Sorgerechtsvollmachten [Ergänzung 14.11.]

Zu Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Sorgerechtsvollmacht eine Alternative für Maßnahmen gem. § 1666 BGB sein kann

- OLG Bremen 7.9.2023 – 5 UF 13/23
- OLG Köln 22.7.2022 – II-14 UF 66/22
- OLG Oldenburg 16. November 2020 – 13 UF 33/20

Zur Frage, ob das Jugendamt eine Sorgerechtsvollmacht annehmen muss

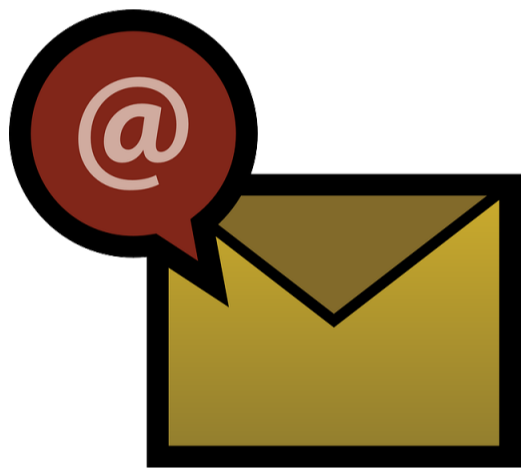
- VG Köln 17. 10.2022 – 25 L 1569/22 (alle Entscheidungen abrufbar über KIJuP-online, zur Anwendung s. letzte Folie der PPP)

Siehe auch *Lack*, Sorgerechtsvollmachten – Voraussetzungen, Rechtsfolgen und Anwendungsbereiche, NJW 2024, 805-808

Ausblick



Kontakt & KiJuP-Online (JAmt, Rechtsprechung, Rechtsgutachten digital)



Rechtsfragen?

- lohse@dijuf.de
- rechtsberatung@dijuf.de

KiJuP-online

Rechtsprechung, Rechtsgutachten oder JAmt lesen?

- Unter dijuf.de bei KiJuP-online mit Mitgliedsnummer anmelden
- Für jede Fachkraft direkt am Schreibtisch
- Mitgliedsnummer nicht bekannt? => loock@dijuf.de / 06221-9818-65